

**Postulat Schnider Hella und Mit. über die Forderung nach einer Unterbrechung und damit verbundenen Evaluation des Stationierungskonzeptes aus B 131 (Planungsbericht Lupol 2022) sowie nach einer Einleitung allfälliger Unterstützungsmassnahmen und Fristverlängerungen bei der Umsetzung**

eröffnet am 24. März 2025

Antrag:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Umsetzung des Stationierungskonzeptes der Organisationsentwicklung 2030 der Luzerner Polizei (OE 2030) zugunsten einer Analyse zu unterbrechen und diese durchzuführen. Dabei soll eruiert werden, welche Unterstützungsmassnahmen oder allfälligen Fristverlängerungen beim Start der Konsolidierungen in den einzelnen Regionen ergriffen werden müssen, um die personellen Ressourcen, die die Erhöhung der Patrouillendichte flächendeckend und andauernd in den konsolidierten Regionen garantieren, zu gewährleisten. Die evaluierten Massnahmen sollen anschliessend zur Optimierung des Stationierungskonzeptes umgesetzt werden.

Da mit den Konsolidierungen der Polizeiposten Kündigungen und/oder Anmietungen von Immobilien einhergehen, die oft langfristig geplant werden müssen, müssen die Unterbrechung sowie die Evaluation schnellstmöglich beginnen.

Begründung:

Ein Teil der Botschaft B 131 aus dem Jahr 2022, dem Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei, dessen Grundlage das Organisationsentwicklungsprojekt OE 2030 bildet, beinhaltet das sogenannte Stationierungskonzept. Darin wird durch die Konzentration des Postennetzes eine zielgerichtete Stationierung angestrebt, um die Effizienz zu verbessern. Angedacht sind dabei Konsolidierungen in der Form von Schliessungen von Posten sowie deren Zusammenlegung. Gleichzeitig soll der Erhalt der Bürgernähe durch eine Stärkung der bürgernahen Polizeiarbeit «Community Policing» und eine Erhöhung der Patrouillenpräsenz gewährleistet werden.

Besonders der Punkt der erhöhten Patrouillenpräsenz war in der damaligen Ratsdebatte von grösster Bedeutung. So wurde der Antrag von Kantonsrat Carlo Piani mit 92:12 Stimmen angenommen, der wie folgt lautete: «Eine Umsetzung des Stationierungskonzepts (und insbesondere die Schliessung von Polizeiposten) bedingt eine tatsächliche und nachweisbare Erhöhung der Patrouillen-Dichte in den betroffenen Gebieten sowie eine nachweisbare Umsetzung des Ansatzes «Community Policing» in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Regionen»

Wie sich in der Praxis in den bereits konsolidierten Regionen Entlebuch und Willisau zeigt, aber auch deutlich in der Antwort A 223 der Regierung hervorkommt, sind die nötigen und

vom Kantonsrat geforderten personellen Ressourcen zur Erhöhung der Patrouillendichte nicht vorhanden. Weiterhin wird es, wie die Antwort auf die Anfrage A 223 über den Stand der Implementierung der vermehrten Polizeipatrouillen aufgrund der Umsetzung der Organisationsentwicklung 2030 aufgezeigt, noch mehrere Jahre dauern, voraussichtlich bis 2032, bis dies der Fall sein wird. Mit der Konsolidierung soll aber ab 2025 in weiteren Regionen des Kantons Luzern vorangeschritten werden.

*Schnider Hella*

Lichtsteiner-Achermann Inge, Wedekind Claudia, Bucher Markus, Roos Guido, Kurmann Michael, Küttel Beatrix, Keller-Bucher Agnes, Rüttimann Bernadette, Jung Gerda, Albrecht Michèle, Schnider-Schnider Gabriela, Piani Carlo, Boog Luca, Käch Tobias, Jost-Schmidiger Manuela, Nussbaum Adrian, Affentranger-Aregger Helen, Stadelmann Karin Andrea, Graber Eliane